



Politik

Was passiert, wenn Russland das 2+4 Abkommen aufkündigt?

2. Dezember 2025

4,6 Minuten Lesezeit

von [Jochen Mitschka](#)

In letzter Zeit wird immer wieder behauptet, dass quasi Deutschland untergehen würde, wenn Russland den 2 Plus 4-Vertrag wegen eines behaupteten Vertragsbruchs durch Deutschland kündigt. Was steckt wirklich hinter der Diskussion und was könnten die Folgen sein?

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag (offiziell: Vertrag über die abschließende

Regelung in Bezug auf Deutschland) wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet. Er involvierte die beiden deutschen Staaten (BRD und DDR) sowie die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs (USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich). Der Vertrag ebnete den Weg für die deutsche Wiedervereinigung, regelte Grenzen (z. B. die Oder-Neiße-Linie als endgültige Ostgrenze), beendete die alliierten Vorbehaltsrechte, zumindest hinsichtlich der Sowjetunion, und stellte sicher, dass Deutschland volle Souveränität erhält. Die allerdings durch Verträge mit den westlichen Siegermächten relativiert wird. Wichtige Punkte waren der Abzug sowjetischer Truppen bis 1994 und Einschränkungen für ausländische Truppen und Atomwaffen in Ostdeutschland (keine Stationierung fremder Streitkräfte oder Nuklearwaffen dort).

Wie ist die rechtliche Beurteilung im Westen

Der Vertrag ist eine finale Regelung, die ihre Zwecke größtenteils erfüllt hat, sagt man im Westen. Er enthalte keine explizite Kündigungsklausel für einseitige Aufkündigungen, da er als endgültige Beschreibung eines neuen Status Quo gedacht sei. Es sei eine „abgeschlossene Regelung“ meint man im Westen. Internationale Verträge wie dieser, so heißt es, fielen unter das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (1969), das einseitige Kündigungen nur unter strengen Bedingungen erlaubt (z. B. wesentlicher Vertragsbruch). Russland müsste einen Bruch nachweisen, was umstritten wäre – z. B. wird die NATO-Präsenz in Ostdeutschland oft als erlaubt interpretiert, solange keine permanenten fremden Basen errichtet werden. Und auch die im Internet kursierenden Versicherungen des damaligen deutschen Außenministers, dass der Osten nicht NAOTisiert werde, spielten keine Rolle, da sie nur leere Worte ohne Vertragsbindung seien. So wie eben auch das Versprechen, die NATO nicht in Richtung Osten auszudehnen.

Außerdem, liest man auch in [Wikipedia \(https://en.wikipedia.org/wiki/Treaty_on_the_Final_Settlement_with_Respect_to_Germany\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Treaty_on_the_Final_Settlement_with_Respect_to_Germany), Deutschland oder andere Unterzeichner könnten den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag zwar anrufen, um die Kündigung

anzufechten. Aber da der Vertrag keine laufenden Verpflichtungen mehr enthält (Truppenabzüge sind abgeschlossen), wäre der Effekt begrenzt. Außerdem habe es einen ähnlichen Fall 2015 gegeben, als Russland den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE) aufgekündigt habe, was auch ohne weitreichende Folge blieb.

Allerdings geben westliche Kommentatoren zu, dass Russland Ansprüche auf Teile Ostdeutschlands erheben könnte, was aber rein hypothetische sei, und unter Berufung auf alte Grenzen, die ja nicht mehr gültig seien. Außerdem sei das völkerrechtswidrig und würde massive westliche Reaktionen provozieren, inklusive NATO-Artikel 5 mit seiner Beistandspflicht. Eine Pflicht, die allerdings in keiner Weise die Art und den Umfang der Pflicht zum Beistand beschreibt. Letzterer könnte von Diplomatie bis Kriegseintritt reichen, je nach Entscheidung der einzelnen Parlamente.

Zusammengefasst: Eine Kündigung wäre vor allem ein symbolischer Akt mit begrenzten rechtlichen Folgen, aber erheblichen politischen Risiken. Sie würde die globale Stabilität gefährden, ohne den Status quo grundlegend zu ändern. Deshalb sei es unwahrscheinlich, dass Russland den Schritt machen würde.

Die Click-Bait-Artikel und Videos

Aber es gibt eine Menge von Videos und Artikeln, welche in aufreißerischer Art und Weise versuchen, „den Teufel an die Wand“ zu malen. Dabei geht es nicht um Information, auch nicht um „Propaganda“, sondern um das Generieren von Clicks und Werbeeinnahmen. Ein Beispiel stellt ein kürzlich veröffentlichtes [Video \(https://www.youtube.com/watch?v=1jBrShSJoE8&t=133s\)](https://www.youtube.com/watch?v=1jBrShSJoE8&t=133s) dar. Wie in vielen dieser Videos wird viel wiederholt, scheinbar viel erklärt, ohne aber irgendwann auf einen kritischen Punkt zu kommen. Der Zuschauer wird gezwungen zu warten, und zu schauen ... verdammt, wann kommt denn jetzt die Auflösung?

Ab Min 16:12 wird argumentiert, dass Russland ganz konkret juristisch gegen Deutschland vorgehen könnte. Endlich wird das Video konkreter, und der Sprecher sagt: „Stellen wir uns vor, der Vertrag wird für nichtig erklärt“. Angeblich wären die Folgen gravierend und weitreichend. Und gespannt wartete man auf die Erklärung derselben. Das Vertrauen in Verträge wäre erschüttert. Moskau erhalte ein strategisches Druckmittel. Andere Verträge könnten neu aufgerollt werden. Für Deutschland könnte ein Vertrauensverlust entstehen. 16 Minuten nur belangloses Spekulieren. Wie: *„Russlands Strategie sich auf rechtliche Mittel zu stützen, zwingt Deutschland auf ungewohntes Terrain.“*

Fazit

Verträge sind schon lange ohne Bedeutung, wenn sie gegen die Ziele westlicher Mächte verstoßen. Minsk2 war ein Vertrag, der sogar durch die Resolution 2202 (2015) am 17. Februar 2015 vom UN-Sicherheitsrat einstimmig „endorsed“ (<https://press.un.org/en/2015/sc11785.doc.htm>) (unterstützt oder gebilligt) wurde, trotzdem konnten später Merkel, Hollande und Poroschenko, später auch Selenskij erklären, dass sie nicht daran dachten, ihn zu erfüllen. Und es hatte KEINE Folgen. Warum sollte ein Vertragsbruch Deutschlands andere Folgen haben? Der US-Präsident Donald Trump hatte während seiner ersten Amtszeit den JCPOA, den Vertrag über die Atomforschung mit dem Iran gebrochen (<https://mitschka.blogspot.com/p/der-vertragsbruch-10052018.html>), ohne dass es Folgen hatte. Abgesehen von der Selbstverpflichtung der NATO, sich nicht nach Osten auszudehnen, die durch einen „Aktenfund (<https://archive.is/20250612122817/https://www.spiegel.de/ausland/nato-osterweiterung-aktenfund-stuetzt-russische-version-a-1613d467-bd72-4f02-8e16-2cd6d3285295>)“ im Jahr 2022 bekannt wurde, nachdem die NATO stets behauptet hatte, es gäbe keine solche Verpflichtung. Warum also sollte sich der Westen um diesen Vertrag Sorgen machen?

Bild KI

Der Autor postet zu tagesaktuellen Themen unter https://x.com/jochen_mitschka (https://x.com/jochen_mitschka)

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung (<https://tkp.at/unterstuetzen/>).

Folge TKP auf Telegram (https://t.me/tkp_news) **oder GETTR** (https://gettr.com/user/tkp_at) **und abonniere unseren Newsletter** (<https://tkp.at/unterstuetzen/#tkp-footer>).

Deutschlands Rüstungsbudget 2024 historisch hoch (<https://tkp.at/2025/09/03/europa-verschaerft-seine-feindseligkeit-gegenueber-russland/>)

Verbot von Russland-Gas: Deutschland großer Verlierer (<https://tkp.at/2025/10/22/verbot-von-russland-gas-deutschland-grosser-verlierer/>)

Wie der hybride Krieg des Westens gegen Russland weitergeht (<https://tkp.at/2025/07/08/wie-der-hybride-krieg-des-westens-gegen-russland-weitergeht/>)